

SPIONAGE

COMPUTER

EDV abgezapft

Immer wieder belobigte die Internationale Büro-Maschinen GmbH (IBM) in Sindelfingen (Württemberg) ihren Techniker Gerhard Prager mit Geldprämien. Prager, der in der Reklamations-Abteilung eines IBM-Zweigwerkes als Spezialist für Datenverarbeitungs-Anlagen tätig war, nahm sich der Beschwerden von Kunden in Heimarbeit an und ersann Verbesserungen an IBM-Computern.

Letztes Jahr verurteilte der Vierte Senat des Oberlandesgerichts Stuttgart den rührigen Mechaniker zu zwei Jahren Gefängnis. Prager war Agent der DDR-Spionageorganisation „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA) im Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gewesen.

Der Fall Prager wird noch Monate nach der Verurteilung bei der Stuttgarter Justiz wie beim Computer-Fabrikanten IBM geheimgehalten. IBM-Hausjurist Dr. Hermann Seegers letzte Woche zum SPIEGEL: „Name und Fall sind mir überhaupt nicht bekannt.“ Das Stuttgarter Oberlandesgericht verwahrt die Akten des Prozesses als „Verschlussache“, Teilstücke sogar als „geheim“.

Diese Verslossenheit hat gute Gründe. Denn das Verfahren gegen den MfS-Agenten enthüllte eine bis dahin unbekannte Spielart östlicher Feindaufklärung in westdeutschen Industriebetrieben: die Computer-Spionage.

IBM hatte in einem Rechenzentrum auf Magnetbändern Daten über Planung, Produktion, Personal und Profit von dreitausend westdeutschen Industrieunternehmen gespeichert und in Lohnauftrag bearbeitet. Ost-Agent Prager kopierte in Überstunden, die IBM nichtsahnend als betriebsbezogenen Eifer prämierte, die Bänder auf Duplikate und übermittelte sie an die Hauptverwaltung Aufklärung in (Ost-) Berlin-Lichtenberg, Normannenstraße 22, Abteilung V (Wirtschaft, Technik, Forschung, Wissenschaft).

Die Beschaffungs-Abteilung V schickte die Magnetbänder zur HVA-Abteilung IX (Funk- und Chiffrierwesen, Elektronik). Dort ließen die Geheimdienst-Techniker die IBM-Sammlung auf eigenen Datenverarbeitungs-Maschinen ausdrucken; Programmierer entschlüsselten die Zeichen- und Zahlenkombinationen und übersetzten sie schließlich in lesbare Berichtssprache für die Industrie-Analytiker der HVA-Abteilung VII (Auswertung).

Die Daten über das Personal der dreitausend westdeutschen Industriebetriebe überwies die Abteilung VII an die HVA-Abteilung R (Registrierung, Kartei, Archiv). Aus diesen Unterlagen sucht die Ost-Berliner Spionage-Zen-

trale potentielle Agenten für die Industrie-Ausforschung in der Bundesrepublik heraus.

Die Details über Planung, Produktion und Verkauf der von IBM verdachten Unternehmen lieferte die Ost-Berliner HVA den zuständigen Ministerien für Chemie, Leichtindustrie und Schwermaschinenbau aus. Die ministerielle Planungsbürokratie wiederum gab die Daten-Erkenntnisse aus der bundesdeutschen Wirtschaft an die entsprechenden Staatsbetriebe der DDR zur Auswertung weiter (siehe Seite 96).

Dieses Verfahren hat Zukunft. Zwar ist die von MfS-Agent Prager operativ geführte Computer-Spionage eine noch junge Sparte im geheimen Nachrichtengewerbe. „Mit Sicherheit aber“, so ein westdeutscher Kybernetiker, „kommt in den siebziger Jahren der



Spionage-Objekt Daten-Bänder
Geheimnisse auf 1600 BPI

Spion nicht mehr aus der Kälte, dann überspielt er heiße EDV-Programme*.

Denn was Labors und Konstruktionsbüros, Personaldirektoren und Verkaufsleiter, Rüstungsfirmen und Chemiekonzerne früher in Ablagen und Archiven verstreuten, sammeln moderne Unternehmen und Forschungsinstitute längst auf Magnetbändern und Magnetplatten. In den bundesdeutschen Rechenzentren sind auf kleinstem Raum massenhaft Geheimnisse gespeichert — interessant für die geschäftliche Konkurrenz, reizvoll für die gegnerische Spionage.

Auf einigen wenigen Bändern bis zu 1600 BPI** oder auf Magnetplatten haften die Ergebnisse jahrelanger,

* EDV = Elektronische Datenverarbeitung.
** Ein Magnetband 1600 BPI (Bytes Per Inch) ist 732 Meter lang; es speichert auf einem Zentimeter 640 Buchstaben oder Ziffern und insgesamt zwanzig bis dreißig Millionen Daten.

kostspieliger Forschung — etwa in den Computer-Zentren der Farbenfabriken Bayer in Leverkusen, des Raketen-Herstellers Bölkow in München oder der Badischen Anilin- & Soda-Fabriken (BASF) in Ludwigshafen.

Wohl sind die Programme zum Teil verschlüsselt. Wie aber Experten die Kombination eines Tresorschlosses entriegeln, Geheimdienst-Spezialisten fast jeden Funk-Kode knacken, so vermögen versierte Computer-Spione Bänder und Platten auch dann zu dechiffrieren, wenn sie ein Kode-Wort oder das Programmsystem nicht kennen.

Noch haben Techniker und Spionage-Abwehr keinen wirksamen Schutz für Computer-Intimitäten gefunden. Doch schon jetzt ist die Hauptverwaltung Aufklärung in Ost-Berlin nicht ausschließlich auf die Zulieferung von gestohlenen Daten auf überspielten Bändern oder Datenplatten angewiesen.

Denn gleich Telefonleitungen lassen sich auch Computer-Kabel zur illegalen Aufzeichnung anzapfen. Auch ein elektronischer Super-Speicherschrank, wie ihn das Bundesinnenministerium für die Personalien der 60 Millionen Bundesbürger plant (Seite 58), wäre vor östlicher Geheimdienst-Technik nicht sicher. Saboteure vermögen sogar im Gegenverkehr die Rechenmaschinen mit irreführenden Informationen zu füttern und falsche Daten in industrielle Programme zu schleusen.

Ost-Berlins Spionagechef Generalleutnant Markus („Mische“) J. Wolf, 46, Chef der Hauptverwaltung Aufklärung, erkannte die Möglichkeiten zur Computer-Erkundung der bundesdeutschen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Forschung bereits zu einem Zeitpunkt, als die DDR selbst nur über wenige Anlagen für die Datenverarbeitung verfügte. Schon vor fünf Jahren ließ er für diese Spionage-Operation einen langfristigen Perspektivplan ausarbeiten. Und einer der ersten Techniker, die sich dafür dem Ost-Berliner Geheimdienst verpflichteten, war Gerhard Prager aus Stadtroda in Thüringen.

Prager erhielt in der DDR zunächst eine Computer-Grundausbildung und dann den Auftrag, sich in der datenverarbeitenden Industrie der Bundesrepublik weiterzubilden, um schließlich im Westen als Spezialist eine Schlüsselstellung für die Hauptverwaltung Aufklärung im Osten übernehmen zu können.

Der Spitzenagent lieferte nicht nur Band-Informationen; er informierte die HVA auch darüber, welche IBM-Modelle fehlerlos funktionierten. Und erst nach diesem Freigabebescheid bestellte der Beauftragte Ost-Berlins für den innerdeutschen Handel, Heinz Behrendt, per Interzonenhandel die passenden IBM-Typen.

So werden die Geheimnisse der westdeutschen Wirtschaft in Ost-Berlin auf westdeutschen Computern entschlüsselt.



Kaul

„ERST STUDIEREN, DANN SPIONIEREN“

Bundesanwalt Felix Kaul über die Wirtschafts-Spionage in der Bundesrepublik

Felix Kaul, 48, Autor dieses SPIEGEL-Artikels über die Wirtschafts-Spionage in der Bundesrepublik, ist seit 1954 in der Staatsschutz-Abteilung beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe tätig. Dort arbeitete Kaul zunächst als Staatsanwalt, dann als Oberstaatsanwalt. Letztes Jahr wurde er Bundesanwalt bei der obersten Anklagebehörde.

Wer in der Bundesrepublik das Wort Wirtschafts-Spionage hört, hat die landläufige Vorstellung, daß sich ein Industrieunternehmen — um wirtschaftlicher Vorteile willen — über den Forschungsstand der Konkurrenz unterrichten will.

Doch diese Spielart der Wettbewerbs-Spionage, die es natürlich gibt und immer gegeben hat, ist harmlos im Vergleich zur ausländischen Industrie-Spionage, die eine Schädigung der gesamten Volkswirtschaft zum Ziel hat.

Die geheimen Nachrichtendienste des Ostblocks haben die Industrie-Spionage in den letzten Jahren ausgebaut und verfeinert. Ihre Erkundungen beschränken sich nicht auf einzelne Konzerne: Sie haben den Auftrag, das gesamte wissenschaftliche und technische Potential der Bundesrepublik auszuforschen. Die Operationen werden ebenso wie militärische oder diplomatische Auslandsaufklärung von einer zentralen Stelle des jeweiligen Geheimdienstes aus geleitet.

Dieses Dezernat steht nach allgemeinen Abwehrerfahrungen zumindest gleichrangig neben den anderen Ressorts. Vermutlich wird ihm bei Schwerpunkt-Objekten sogar Vorrang eingeräumt.

Nicht ohne Grund. Auch finanziell und wirtschaftlich gesehen, suchen sich die gegnerischen Geheimdienste lohnende Objekte aus. Allein in einem Fall, der den Abwehrbehörden der Bundesrepublik bekannt wurde, hatte das Angriffsobjekt einen wirtschaftlichen Wert von über 30 Millionen Mark.

Die Russen — auf dem Gebiet der Kunststoff-Industrie offenbar weit im Rückstand — hatten Kontakt zu einem Techniker gesucht und gefunden. Der Agent erhielt von einem ausgesuchten Fachmann genau umrissene Aufträge. Er lieferte Produktionsrezepte, Schaltpläne und sonstige technische Unterlagen.

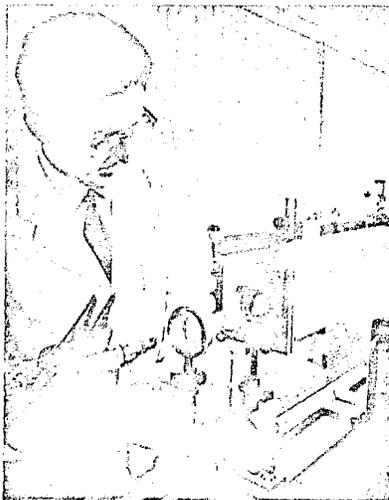
In der Vergangenheit war es nicht immer leicht, jede Form der östlichen Wirtschafts-Spionage strafrechtlich zu fassen. Nach der alten Fassung des Strafgesetzbuches (StGB), die bis zum 31. Juli 1968 in Kraft war, wurde nur derjenige mit Strafe bedroht, der zu einem fremden Geheimdienst Beziehungen aufnahm oder unterhielt, „welche die Mittelung von Staatsgeheimnissen ... zum Gegenstand haben“.

Nun war es mitunter fraglich, ob die Ausforschung von Betriebsgeheimnissen zugleich eine Zielrichtung

auf Staatsgeheimnisse einschloß. Der Bundesgerichtshof zum Beispiel vertrat vor längerer Zeit den Standpunkt, daß östliches Interesse an technischen Details, die geistiges Eigentum der deutschen Privatindustrie sind, noch nicht unter die Strafbestimmungen des StGB alter Fassung fallen.

Falls dem Agenten des fremden Geheimdienstes also nicht nachgewiesen werden konnte, daß seine Tätigkeit letztlich darauf abzielte, auch Staatsgeheimnisse auszukundschaften, konnte er mit einem Freispruch für seine Industrie-Spionage rechnen. Erst das Staatsschutzstrafrecht, das seit dem 1. August 1968 in Kraft ist, erleichtert die Strafverfolgung der Wirtschafts-Spionage.

„Wer für den Geheimdienst einer fremden Macht eine geheimdienstli-



Spionage-Objekt Laserforschung
„Im Ernstfall lahmlegen“

che Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ausübt, die auf die Mittelung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist“, macht sich nach Paragraph 99 StGB neuer Fassung strafbar.

Das heißt: Wer im Auftrage eines fremden Nachrichtendienstes deutsche Industriegeheimnisse ausspioniert, ist neuerdings von Amts wegen zu verfolgen. Der Wirtschafts-Spion, der — wie geschildert — auf die Herstellungsrezepte eines neuartigen Kunststoffes angesetzt war, kann jetzt erfaßt werden, ohne daß ein Straf-

antrag des betroffenen Unternehmens notwendig ist.

Konstruktionszeichnungen, Produktionsverfahren und andere Betriebsgeheimnisse sind die häufigsten Ziele der Werks-Spionage. An dem einen Fall (wirtschaftlicher Gesamtwert über 30 Millionen Mark) lassen sich die Dimensionen des Schadens ablesen, der unserer gesamten Volkswirtschaft durch die Spionage des Ostblocks entsteht.

Bellebte „Zielgebiete“ — so die Geheimdienstsprache — sind Atomwissenschaft und Laserforschung. Aber auch auf die Flugzeugproduktion werden die fremden Agenten angesetzt. Unlängst wurde ein Sowjetzonen-Agent entdeckt, der zunächst beauftragt war, Erkenntnisse über die Fertigung des Starfighters zu liefern. Später erhielt er von seinen Geheimdienstchefs den Befehl, sich bei einer anderen Flugzeugfirma zu bewerben. Dort gelang es ihm, eine firmeninterne Planungsübersicht für einen längeren Zeitraum auszukundschaften. Das wiederum war die Grundlage für weitere gezielte Spionage-Aufträge.

Gerade ein Fall wie dieser wirft die Frage auf, wie die Nachrichtendienste des Ostblocks ihre Agenten anwerben. Daß die Bundesrepublik ein besonders günstiges Arbeitsfeld darstellt, bedarf keines Kommentars. Westdeutsche Betriebsspione können leicht angeworben, ostdeutsche leicht eingeschleust werden.

Eine Möglichkeit etwa, auf westdeutsche Bürger Pressionen auszuüben, ist zwar höchst primitiv, wird aber immer wieder praktiziert: Messebesucher aus der Bundesrepublik zum Beispiel werden schlicht erpreßt, weil sie eine geringfügige Verfehlung begangen oder sich auf ein verhängliches sexuelles Abenteuer eingelassen haben, das gefilmt, fotografiert oder auf dem Tonband festgehalten wurde.

Diese Photos — so wird dem Besucher oft erst Monate nach seiner Rückkehr angedeutet — stünden ihm einschließlich der Negative zur Verfügung, wenn er die eine oder andere Information liefere. Familien, die in Ost und West getrennt leben, stellen die Geheimdienste für den Fall einer Mitarbeit eine legale Zusammenführung in der Bundesrepublik in Aussicht.

Erhebliche Bedeutung kommt den langfristig geplanten Operationen zu. Die Agenten werden eingeschleust und haben zunächst nur die Aufgabe, sich in der Bundesrepublik zu legalisieren. Als harmlose Bürger bewer-

ben sie sich um eine Stellung, wechseln gelegentlich, erhalten gute Zeugnisse und tasten sich über verschiedene Zwischenstationen an das eigentliche industrielle Spionage-Objekt heran.

Gelegentlich knüpfen die Geheimdienste ihren Kontakt schon vor dem Abschluß der höheren Schule. Der Betreffende wird dann beauftragt, in der Bundesrepublik beispielsweise Kernphysik zu studieren. Der Agent absolviert normal sein Studium, legt seine Examina ab, gründet unter Umständen eine Familie, qualifiziert sich in mehreren wissenschaftlichen Stellungen und wird dann systematisch auf das eigentliche Zielobjekt angesetzt.

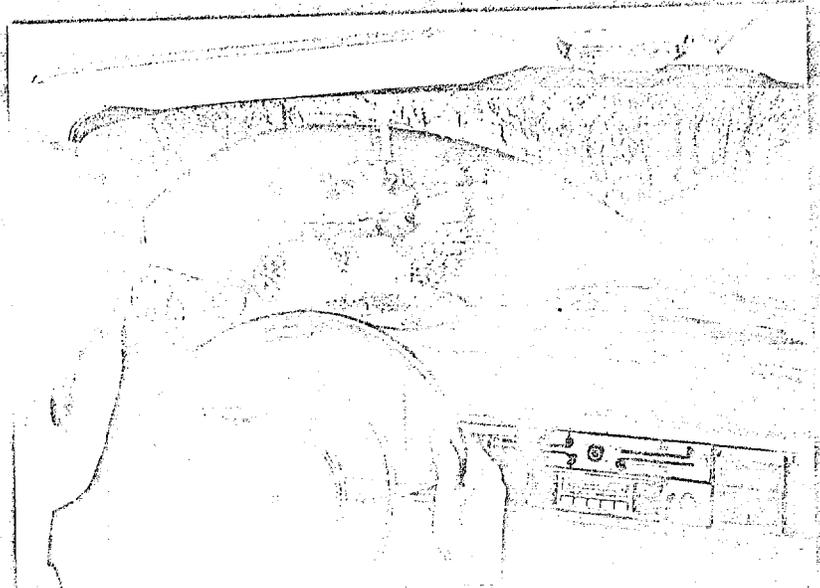
Von diesem Zeitpunkt an beginnt seine wertvolle nachrichtendienstliche Tätigkeit. Die Geheimdienste des Ostblocks sind bereit, Jahre, oft ein ganzes Jahrzehnt zu warten, bis der qualifizierte Agent nützliches Material liefern kann. Die östlichen Spionagezentralen haben erkannt, daß der Weg zu wissenschaftlichen Geheimnissen nicht nur über den Pförtner oder die Chefsekretärin führt. Beide können lediglich Zufallsergebnisse liefern. Nur der ausgebildete Fachmann indes kann den wirklichen Wert seiner Informationen ermes-

sen. Einen absoluten Schutz gegen Industrie-Spionage gibt es nicht. Doch auf diesem Gebiet haben die Sicherheitsbeauftragten der einzelnen Unternehmen eine Aufgabe, die nicht unterschätzt werden sollte. Zumal auch sogenannte Subversions-Agenten eingeschleust werden, die den Auftrag haben, im Ernstfall die Produktion lahmzulegen.

Viele Agenten merken oft zu spät, worauf sie sich eingelassen haben. Denn häufig gibt der östliche Gesprächspartner seine wahren Absichten am Anfang gar nicht zu erkennen. Er erteilt zunächst harmlose Aufträge, und erst wenn die Verbindung eine Weile gedauert hat, läßt der gegnerische Geheimdienst die Katze aus dem Sack. Weigert sich der andere Teil, dem Ansinnen stattzugeben, wird er darauf hingewiesen, daß er sich bereits schuldig gemacht und in der Bundesrepublik eine Strafe zu erwarten habe.

Diesem Umstand tragen die neuen Vorschriften des Strafgesetzbuches Rechnung. Nicht nur derjenige, der den wahren Charakter seines östlichen Partners nicht erkannt hat, bleibt straffrei: Paragraph 98 Absatz 2 des StGB neuer Fassung bestimmt auch, daß die Gerichte auf eine mildere Strafart erkennen oder von einer Bestrafung überhaupt absehen können, wenn der Täter sein Verhalten aufgibt und sein Wissen einer Abwehrdienststelle der Bundesrepublik offenbart. Dieses Entgegenkommen kann vor allem der Täter erwarten, der „von der fremden Macht oder einem ihrer Mittelsmänner zu seinem Verhalten gedrängt“ wurde.

Bedeutende Unternehmen, wie z. B. Bosch-Metallwerk, bearbeiten wichtige Präzisionsteile ihrer Produkte mit D+Z Diamanten.



Stahlschleifsteinwerkzeuge bestehen aus elementarerschärften Sinterringen

Warum ausgerechnet mit D+Z Diamantwerkzeugen?

Weil damit gute Erfahrungen gemacht wurden. Und warum gerade im Bosch-Metallwerk? Weil dort seit so langer Standzeiten wie mit herkömmlichen Diamant-Schleifsteinen erzielt werden d.h. 320 000 präzise geschliffene Sinterringen statt 100 000 pro Schleife.

Auch der Zeitaufwand ist mit seiner Präparationszeit mit D+Z Diamanten aus Stahl schneller, weicher und schöner.

Der Steinmetzmeister trennt und bearbeitet Natur- und Kunststein mit Diamantsäge von D+Z.

Lange Standzeiten (siehe oben) sprechen für sich selbst. Konvergenz und Bruchung, Kantenverschleiß und die Verwendung von kostbarem Stahl sind Argumente die dem Techniker vieles sagen.

Auch Ihnen könnten wir mehr über D+Z Diamantwerkzeuge sagen. Wenn Sie uns schreiben, bitten wir



genau richtig mit Präzision

DRENDIEL + ZWEIFLING
Bergstr. 37, Gersheim 307
Tel. 04181 0109, Telex 0184998